

Ereignis-Log 3/09

Immer häufiger gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung kann nicht vollständig sein; die Aufzählung einiger besonders bedeutsamer Ereignisse soll aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

Juni 2009

10. Juni 2009: Das französische „Gesetz zur Verbreitung und zum Schutz kreativer Inhalte im Internet“, das von einer eigens dafür eingerichteten Behörde (HADOPI) durchgesetzt werden soll, ist nicht verfassungskonform. Das Französische Verfassungsgericht gab Einsprüchen von Abgeordneten der Sozialistischen Partei (PS) statt. Das Gesetz, das die Sperrung des Internetanschlusses beim wiederholten Herunterladen geschützter Werke vorsieht, sei in mehreren Punkten verfassungswidrig; unter anderem verstoße es gegen das Recht auf Informationsfreiheit. Die französische Regierung will an dem Gesetz festhalten (Quellen: netzpolitik.org, Zeit, Heise).

13. Juni 2009: Die Deutsche Post AG soll jahrelang intime Krankheitsdetails ihrer Mitarbeiter gesammelt und gespeichert haben. Es soll sich dabei um Informationen über Herzleiden, psychische Erkrankungen und weitere intime Details handeln. Verbunden war dies mit Handlungsempfehlungen, auf Mitarbeiter einzuwirken, um beispielsweise in Vorruhestandsregelungen einzuwilligen. Die Deutsche Post hat die Existenz solcher Akten eingeräumt (Quellen: Spiegel, Heise).

15. Juni 2009: Der Bundesdatenschutzbeauftragte, Peter Schaar, lehnt es ab, die Sperrliste für die Blockade von Web-Inhalten zu beaufsichtigen. Er erklärte sich für „nicht zuständig“ und stellte fest, dass die Thematik nicht im Zusammenhang mit Datenschutz stehe und er sich auch nicht auskenne. Er plädierte für die Vertagung des Gesetzes. Die Sperrliste soll vom Bundeskriminalamt erstellt und von einem unabhängigen Expertengremium kontrolliert werden; der Bundesdatenschutzbeauftragte sollte dieses Expertengremium bestellen (Quellen: taz, Heise).

17. Juni 2009: Die französische Regierung hat das Gesetz zur Verbreitung und zum Schutz kreativer Inhalte im Internet in gekürzter Form in Kraft gesetzt. Eine ergänzende Passage zur Regelung der Internet-Zugangssperren will die Kulturministerin Christine Albanel nachreichen. Das Französische Verfassungsgericht hatte das Gesetz in der ursprünglichen Fassung abgelehnt (Quelle: Heise).

17. Juni 2009: Das Bundesverfassungsgericht hat die Speicherung von DNA-Profilen eingeschränkt. Es ist in jedem Fall eine

Einzelfallprüfung durchzuführen; diese war im verhandelten Fall nicht erfolgt (Quelle: Bundesverfassungsgericht, netzpolitik.org, Heise).

18. Juni 2009: Der Bundestag hat mit den Stimmen der großen Koalition den Gesetzentwurf zu Web-Sperren verabschiedet. Die parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU, Martina Krogmann, räumte ein, dass mit dem Gesetz eine Sperrinfrastruktur geschaffen werde, sieht aber keinen Dammbreach für die Blockade weiterer Inhalte (Quellen: netzpolitik.org, Heise).

19. Juni 2009: Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage gegen den sogenannten Hackerparagraphen als unzulässig zurückgewiesen. Sie lehnten damit eine Klage eines EDV-Unternehmers, eines Wissenschaftlers und eines Computernutzers ab, die sich gegen die Strafbarkeit von Herstellung und Verbreitung von Programmen zum Ausspähen und Abfangen von Daten richtete. Nach Ansicht des Gerichts gelten die Vorschriften nur für Programme, die mit illegaler Absicht entwickelt werden (Quelle: Heise).

24. Juni 2009: Die Benotung von Lehrern durch Schüler in Internetportalen wie *spickmich.de* verstößt nicht gegen das Persönlichkeitsrecht. Der Bundesgerichtshof sah die dort eingestellten Bewertungen vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt und lehnte die Klage einer Lehrerin aus Nordrhein-Westfalen ab. Die Klägerin will nun Klage beim Bundesverfassungsgericht erheben (Quellen: Zeit, Heise).

24. Juni 2009: Gegner der Netzsperrungen haben Verfassungsbeschwerde gegen das am 18. Juni 2009 vom Bundestag beschlossene Gesetz angekündigt. Sowohl die Initiatorin der Online-Petition, Franziska Heine, als auch einige Tage später der Bundestagsabgeordnete Jörg Tauss wollen beim Bundesverfassungsgericht Klage erheben. Das beschlossene Gesetz unterscheidet sich gravierend von der zunächst eingebrachten Fassung; dadurch seien die Mitwirkungsbefugnisse der Abgeordneten eingeschränkt worden (Quellen: Zeit, Heise).

26. Juni 2009: In einer Stellungnahme für das Bundesverfassungsgericht hat der Mannheimer Informatik-Professor Felix Freiling vor einer „nahezu lückenlosen räumlichen Überwachung“ durch die Vorratsdatenspeicherung gewarnt. Diese würde durch



Stefan Hügel ist stellvertretender Vorsitzender des FIFF. Er arbeitet als IT-Berater und lebt in München.

Stefan Hügel

die wachsende Verbreitung mobiler Internetzugänge weiter verschärft (Quellen: Heise, Universität Mannheim).

30. Juni 2009: Das Bundesverfassungsgericht hat über den Vertrag von Lissabon geurteilt, dass er nur mit dem Grundgesetz vereinbar ist, wenn die damit verbundenen, in ihrer aktuellen Form verfassungswidrigen Begleitgesetze geändert werden. Unter anderem sind stärkere Mitspracherechte des Bundestags bei EU-Entscheidungen erforderlich; das Gericht mahnt eine aktive Mitwirkung des Parlaments an – anstatt europäische Vorgaben einfach nur abzunicken (Quellen: Bundesverfassungsgericht, Zeit, Spiegel, Heise).

Juli 2009

3. Juli 2009: Der Bundestag stimmt der Übereinkunft zur Weiterleitung personenbezogener Informationen an die USA mit den Stimmen der großen Koalition zu. Zuvor war unter anderem kritisiert worden, dass damit auch Informationen über ethnische Herkunft, Weltanschauung, politische Ansichten, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und über das Sexualleben übermittelt werden sollen (Quelle: Heise).

9. Juli 2009: Gegen das Verbot sogenannter „Killerspiele“ wird eine Petition beim Deutschen Bundestag initiiert. Sie richtet sich gegen die Übereinkunft der Innenminister, ein Herstellungs- und Verbreitungsverbot gegen solche Spiele schnellstmöglich umzusetzen. Die Petition erreicht kurz darauf die erforderlichen 50.000 Unterstützer (Quelle: Heise).

13. Juli 2009: Der Entwurf für die Erweiterung des Polizeigesetzes in Hessen wird von Bürgerrechtlern kritisiert. Es sieht unter anderem vor, mit Kennzeichen-Scannern den Straßenverkehr zu überwachen. Ein früheres Gesetz, das diese Form von Verkehrsüberwachung vorgesehen hatte, war vom Bundesverfassungsgericht gestoppt worden (Quellen: Hessen.de, Zeit, Heise).

14. Juli 2009: Die Indische Botschaft hat Behauptungen der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen zurückgewiesen, in Indien sei Kinderpornographie nicht geächtet. Die Darstellung sei „völlig unbegründet und irreführend“. Von der Leyen hatte die geplante Einführung von Web-Sperren unter anderem damit begründet (Quellen: netzpolitik.org, Heise).

15. Juli 2009: Der rheinland-pfälzische Datenschutzbeauftragte Edgar Wagner hat die Ausbreitung der Videoüberwachung kritisiert. Allein in Rheinland-Pfalz seien mittlerweile zwischen 30.000 und 50.000 Kameras auf die Bevölkerung gerichtet – mit steigender Tendenz. Gleichzeitig kündigt die Deutsche Bahn an, die Videoüberwachung in Zügen weiter auszubauen (Quelle: Heise).

16. Juli 2009: In der Schweiz soll der Internet-Verkehr verdächtiger Personen vollständig in Echtzeit überwacht werden. Vertraulichen Dokumenten zufolge soll das gesamte Surfverhalten überwacht werden, sofern gegen die Person ein entsprechendes Strafverfahren eröffnet worden sei. Eingeschlossen sind Diskussionsbeiträge in Chats, Einträge in Foren, Gespräche über VoIP-Dienste wie Skype und Bilder von Webcams (Quellen: Wochenzeitung, Heise).

17. Juli 2009: Amazon hat von den Kunden legal erworbene E-Books von deren Kindle-Geräten gelöscht. Die Firma, die die Bücher in den Kindle-Store eingestellt hatte, habe die notwendigen Rechte nicht besessen. Betroffen waren davon die Bücher „1984“ und „Animal Farm“ von George Orwell (Quellen: New York Times, Zeit, Heise).

18. Juli 2009: Das belgische Finanzamt beobachtet Online-Aktivitäten Steuerpflichtiger, um Differenzen zwischen gemeldetem Einkommen und Lebensstil aufzudecken. Beobachtet werden beispielsweise Aktivitäten auf eBay und Profile auf Facebook. Die Informationen hätten zwar keine Beweiskraft, würden aber bei festgestellten Differenzen erhöhte Aufmerksamkeit der Steuerbehörden nach sich ziehen (Quellen: De Morgen, Heise).

20. Juli 2009: Die EU-Kommission will Fahndern zur Terrorismusbekämpfung Zugriff auf Daten von SWIFT ermöglichen. In einem neuen Rechenzentrum in der Schweiz soll auf Überweisungen im europäischen Zahlungsraum (SEPA) zugegriffen werden. Der Server war ursprünglich eingerichtet worden, um europäische Finanzdaten dem Zugriff der US-Behörden zu entziehen. Der europäische Datenschutzbeauftragte Hustinx warnt vor massiven Eingriffen in die Privatsphäre der Europäer (Quellen: Handelsblatt, Heise).

23. Juli 2009: Computerhersteller liefern in China die Filtersoftware „Grüner Damm“ mit ihren Geräten aus. Es soll aber keine Verpflichtung geben, die Software zu installieren. Ursprünglich sollte die Filtersoftware ab 1. Juli 2009 obligatorisch sein; die Software verhindert nach Angaben der chinesischen Regierung den Zugriff auf Gewaltdarstellungen und Pornographie zum Schutz von Minderjährigen (Quellen: China Daily, Zeit, Spiegel, Heise).

23. Juli 2009: Das Hollywood-Studio Warner Bros. lässt Kinobesucher in Magdeburg mit Nachtsichtgeräten beobachten. Dadurch soll das Anfertigen von Aufzeichnungen des Films während der Vorstellung verhindert werden. Der Datenschutzbeauftragte Sachsen-Anhalts bezeichnete die Aktion als „fragwürdig“ (Quelle: Heise).

27. Juli 2009: Der Ministerrat der EU hat beschlossen, den Zugriff von US-Behörden auf Überweisungsdaten der EU zu verlängern. Die EU-Kommission wurde beauftragt, einen entsprechenden Vertrag auszuhandeln. Der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte, Thilo Weichert, hält ein solches Abkommen für verfassungswidrig (Quellen: Zeit, Heise).

August 2009

5. August 2009: Die Tageszeitung (taz) erklärt, nicht von den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Berlin zu berichten. Sie begründet dies mit umfassenden Sicherheitsüberprüfungen durch Polizei und Verfassungsschutz, die Voraussetzung für die Akkreditierung sind. Eine Mitarbeiterin des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit erklärte, es gebe keine Rechtsgrundlage für eine solche Überprüfung (Quellen: taz, netzpolitik.org, Heise).

8. August 2009: Die Sozialministerin Mecklenburg-Vorpommerns und Familienexpertin im „Kompetenz“-Team von SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier, Manuela Schwesig, hat eine schnell-

lere Umsetzung von Web-Sperren angemahnt. Sie kritisierte, dass das Gesetz immer noch nicht in Kraft sei und erklärte, „das Hin und Her haben zwei von der Union geführte Ministerien zu verantworten. ... Das hält einen besseren Kinderschutz auf.“ (Quellen: netzpolitik.org, Heise).

10. August 2009: Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) hat den Vorstoß von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung kritisiert, das Grundgesetz zur Bekämpfung von Piraten zu ändern. Jung fordert, die Bundeswehr für polizeiliche Aufgaben im In- und Ausland einsetzen zu können. Der DPolG-Vorsitzende Wendt forderte, dass die Bundesregierung endlich aufhöre, „am Grundgesetz rumzufummeln“ (Quelle: Heise).

11. August 2009: Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, fordert den Ausbau von Ermittlungsbehörden im Kampf gegen Internet-Kriminalität. Durch mehr Ermittler sollen im Netz „kriminelle Machenschaften“ aufgespürt werden (Quelle: Heise).

20. August 2009: Die Innenminister von CDU und CSU fordern eine zentrale Datei für Sexualstraftäter. Sie verlangen einen „lückenlosen Informationsaustausch zum Schutz der Gesellschaft vor gefährlichen Triebtätern“, so der hessische Innenminister und Sprecher der unionsgeführten Innenressorts, Volker Bouffier (Quellen: Neue Osnabrücker Zeitung, Heise).

*erschienen in der Fiff-Kommunikation,
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de*